

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonto: Gebr. Henrich, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: Einjährlich Bruttobetrag mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Kompatibilität  
30 Pf., die 60 mm breite Reklametabelle 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben  
40 Pf. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 64

Dresden, Mittwoch den 17. März 1926

37. Jahrg.

## Verfassungskrise im Völkerbund

Durch Brasiliens Sonderansprüche die Genfer Tagung abgebrochen — Deutschlands Aufnahme bis zum Herbst vertagt — Das Werk von Locarno bleibt gesichert!

T. Genf, 17. März. (Fig. Junksprud.)

Am heutigen Vormittag wird die außerordentliche Völkerbundtagung plötzlich ihren Abschluß finden. Die noch am Dienstag bestehenden geringen Hoffnungen, daß der brasilianische Vertreter auf den angeforderten Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Rat verzichten würde, sind im Laufe der Nacht restlos geschwunden, und so tritt Chamberlain als Berichterstatter der Ausnahmekommission heute vormittag um 10 Uhr vor die Völkerbundversammlung, um der Welt offiziell den negativen Ausgang der außerordentlichen Session durch Vertagung zu verkünden. Brasilien beharrt unter allen Umständen auf seinem Anspruch, einen ständigen Ratssitz zu erhalten. Da ihm dieser Anspruch nicht zugebilligt werden konnte, würde es gegen Deutschlands Sitz im Völkerbund Einspruch erheben, womit (da Einstimmigkeit erforderlich ist) Deutschland seinen Ratssitz verliert. Um dies zu vermeiden, wird die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis zum Herbst vertagt, da im Herbst Brasilien seinen bisher innegehabten nichtständigen Ratssitz voraussichtlich verliert.

T. Genf, 17. März. (Fig. Junk.)

Der plötzliche Verzicht der außerordentlichen Session des Völkerbundes wurde in fast allen Delegationen unangenehm empfunden und trotzdem unter dem Eindruck der für heute Mittwoch abend angeforderten Abreise Briand als einziger Ausweg betrachtet. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß einige Delegationen neben dem brasilianischen Einspruch auch aus andern Gründen leichten Herzens den Vertagungsentscheidungen hinhimmeln. Wenn auch durch die schwebeliche Haltung der ursprüngliche Konflikt wegen des Anspruchs Polens sozusagen einseitig als gut gelöst erachtet, so mußte man doch vorläufig wenigstens die formelle Dilemma Spaniens befürchten, das auch einen ständigen Ratssitz beansprucht. Der spanische Außenminister hat dem Reichkanzler ausdrücklich erklärt, daß seine Delegation für ein deutsches Ratssitz stimme, sich dann aber vom Völkerbund zurückziehen werde. Die Frage, ob dies gleichbedeutend sei mit dem Austritt aus dem Rat, beantwortete der spanische Vertreter ausweichend. Jedenfalls waren Briand und Chamberlain wie die übrigen Ratsmitglieder entschlossen, dem Verzicht Spaniens auf weitere Mitarbeit hinzunehmen, wenn der Einspruch Brasiliens aufgegeben worden wäre. Da nach dem Statut die Mitgliedschaft im Völkerbund noch zwei Jahre nach der Kündigung gilt, wäre übrigens Spaniens Verzicht hinzunehmen gewesen.

Wie berichtet wurde u. a. auch in allen Delegationen der Bericht von Italiens Unterföhrung der brasilianischen Sabotage. Der italienische Staatssekretär Brandi soll nach der Presse seines Landes verboden haben, gegen Brasiliens Haltung Stellung zu nehmen, und die Drohung der Kollisionsnahme des betreffenden Staates ausgesprochen haben. Von der italienischen Delegation wurde dieses Gerücht am Montag in den späten Abendstunden offiziell dementiert. Es wird sich nach Gelegenheit bieten, auf diese Angelegenheit einzugehen. Die größte Zahl der in Genf anwesenden Delegationen wird bereits am Mittwoch abend Genf verlassen. Auch die deutsche Delegation reist um 6 Uhr abends mit Genf ab, so daß sie am Donnerstag abend in Berlin eintrifft.

### Erklärung der Locarnomächte

T. Genf, 16. März. (Fig. Draht.)

In der Unterredung, die zwischen Chamberlain, Briand und Luther-Strafemann abends 8 Uhr stattfand, wurde berichtet, die am Nachmittag zurückgehalten: Erklärung doch nicht zu veröffentlichen. Man kam schließlich zu diesem Entschluß, nur durch die Veröffentlichung der Vereinerbahrungen der besten möglichen Druck auf Brasilien auszuüben, was sich als vergeblich erwies. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens versammelten sich am Dienstag vereint, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den ausgefallenen Schwierigkeiten des Verfahrens ergab, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellten. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, eine Übereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren.

Daß, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen könnten, würden die Vertreter der Locarnomächte des Protokolls von Locarno bedauern. Sie im gegenwärtigen Augenblick des von ihnen angelegten Ates nicht erreichen können. Sie setzen jedoch mit Bestimmtheit fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklicht haben und welches in seinem ganzen

Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

### Bedeutung der Vertagung

Es ist kein Zweifel, daß der plötzlich ergebnislose Ausgang der außerordentlichen Völkerbundtagung eine schwere Krise für die gegenwärtige Organisationsform des Völkerbundes darstellt. Die Tagung war einberufen zu dem Zwecke der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Da bei Abschluß der Locarnoverträge Deutschland versprochen wurde, einen ständigen Sitz im Rat zu bekommen, waren die Großmächte an dies Versprechen gebunden. Nun fordert die Völkerbundtagung aber Einstimmigkeit bei Vertagung neuer Sitze für den Rat. Das machte sich Brasilien zunutze, um mit seiner Stimme einen ständigen Sitz für sich zu erpressen. Das gleiche hätte jeder größere Staat für sich tun können. Ansprüche Polens und Spaniens wurden auch erhoben, doch war es gelungen, durch Verhandlungen Spanien zum Verzicht zu bewegen, und für Polen durch Rücktritt Schwedens einen nichtständigen Sitz zu schaffen. Es wurde hinsichtlich durch Brasiliens Unverträglichkeit.

So konnte die Zusage, Deutschland einen Ratssitz zu gewähren, nicht gehalten werden, weil Brasilien im Rate Einspruch erhob. Es blieb nichts anderes übrig, als Deutschlands Aufnahme zu vertagen. Entweder muß man nun warten, bis Brasiliens nichtständiger Ratssitz im September erlischt, um diesen vakanten Einzebler im Rate los zu sein — aber da können andre Staaten neue Ansprüche stellen, so daß der Rat ständig verändert, vergrößert werden muß. Oder aber es muß eine Änderung der inneren Völkerbundverfassung erfolgen, die es ausschließt, daß ein Mitglied gegenüber allen andern Mächten unter

allen Umständen seinen besonderen Willen durchsetzen kann. Das ist freilich eine sehr schwierige Frage, da der Völkerbund keine Zwangsorganisation ist, sondern bei ihm alles auf den freien Willen seiner Mitglieder eingestellt bleiben muß. Zumeist gibt der Fall Brasiliens Anlaß zu unbedingt notwendigen Reformen. Man wird sie erst im Angriff nehmen dürfen, wenn Deutschland im Herbst ausgenommen ist und auch im Rate sitzt.

Dem unter allen Umständen muß nachdrücklich festgesetzt werden, daß Deutschlands Beitritt nicht vom Völkerbund abgelehnt ist — ein Fall, der nicht nur unmöglich, sondern auch undenkbar wäre. Im Gegenteil: alle Mächte und alle Staaten, sogar einschließlich Brasiliens, bedauern die Vertagung und sind aufs heftigste über das Nichtfunktionieren der inneren Organisation des Völkerbundes bemüht. So hat Deutschland seinen Grund, seine Anmeldung zum Beitritt neu zu überprüfen. Sie bleibt bestehen.

Den Gegnern des Völkerbundes ist freilich der negative Ausgang der außerordentlichen Tagung ein gefundenes Fressen, an dem sie sich gütlich zu tun gedenken. Die deutschinternationalen Presse frohlockt schon seit Tagen über den „bölligen Hum des Völkerbundgedankens“ und erhebt, wie uns Berliner Telegramme melden, einen einzigen laienhaften Anbelschrei. Aber das Vergnügen wird nur ein Vergnügen bleiben, nicht eine nachhaltige Sättigung werden. Denn was möchte man erreichen? Nun, daß Deutschland nicht dem Völkerbund beitrete, wodurch die Friedenspakte von Locarno nicht in Kraft gesetzt werden könnten. Das ist das erhobene Ziel der deutschinternationalen Soldaten: keine Verständigung, sondern Kriegspolitik! Auf daß die Streitkräfte durch Militär- und Rüstungspolitik im Innern wieder das Heft in die Hand bekommen. Doch das törrische Volk schließt nicht so leicht die Reaktion, wie die gewaltigen Millionenjahren des erfolglosen Volksbegehrens gegen die Wirkenansprüche erneut beweisen. Deshalb darf sich durch Vertagung des Genfer Beitritts nichts an der deutschen Außenpolitik ändern!

Zwar treten nur juristisch die Friedenspakte von Locarno noch nicht in Kraft, da Deutschland noch nicht im Völkerbund ist und daher die Völkerbundgarantie und Völkerbundkontrolle noch nicht wirksam wird. Doch ist das nur für einige untergeordnete Fragen praktisch von Bedeutung. Und das kann in den Kauf genommen werden, wenn

### v. Zengen, Behrens u. Co.

Kuttner Bericht im Gemeinderat

Im Gemeinderat des Reichstages des Reichstages berichtete Abg. Kuttner (Soz.) in öffentlicher Sitzung über das bisherige Endergebnis der bisherigen Gemeinderatswahl. Abg. Kuttner hob zunächst hervor, daß sein Teilbericht sich nur auf den Fall des 5000-Mark-Verleihs der Arbeitgeberverbände bezieht. Neben die Vorklagen und Zusammenhang der Gemeinderatswahl und des Kuttner-Putsches werde man erst später zu reden haben. Die Aussagen der einzelnen Zeugen hängen größtenteils zusammen in schärfstem Widerspruch. So habe insbesondere der Abg. Behrens über die freitägigen 5000 M. Unterstützungsgelder für Schulz drei mal seine Ansicht geäußert. Oberleutnant Schulz selbst versuche seine eigene Stellung und die des Majors Wauerer beim Kapp-Putsch als völlig harmlos darzustellen. Tatsächlich hat Major Wauerer durch seine schon an den 1. Stellung im Kapp-Putsch, vor allem dadurch, daß er Verhandlungen von Rüttwig angehängt hatte, Komplikationen hervorgerufen, die schließlich zu Gefechtsstandungen und zum Mordverbrechen führten. Schulz habe bei der Schwarzen Reichswehr eine weit über seinen eigentlichen Dienststrang hinausgehende Stellung befehlet. Er sei der tatsächliche

Kommandeur der Schwarzen Reichswehr

gewesen. Eine Beteiligung am Kuttner-Putsch sei ihm zwar nicht nachgewiesen worden, da diese und seine Anteilnahme an dem acht Gemeinderäten zunächst noch nicht zum Aufgehenskreis des Gemeinderats gehörte. Am übrigen sei es keineswegs nachgewiesen worden, daß die Herren Meyer und Behrens ohne jede Kenntnis von der Aukerstellung des Oberleutnants Schulz bei der Schwarzen Reichswehr gewesen seien. Beide sind eigens nach Kuttner gefahren, um sich über die Rolle des Oberleutnants Schulz in dieser fragwürdigen Organisation zu informieren. Wenn es auch Oberleutnant Schulz nicht gelungen ist, einen großen Teil seiner che-

mungen Intergebehen bei der Schwarzen Reichswehr in seine Landarbeiterverbände überzuleiten, so sei ihm doch nachgewiesen, daß er die Gebrüder Kapp, die am schwersten belasteten Gemeinderäten, dort als Pöbel untergebracht habe. Nicht völlig geklärt sei die „Wohnungsfrage“ des Oberleutnants Schulz. Abg. Kuttner ging dann auf die Verhandlungen des Abg. Meyer mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände, vor allem mit Herrn v. Zengen, ein. Wenn Herr v. Zengen eine Quittung von dem Abg. Behrens für die vorgeschriebenen 5000 M. verlangte, so war das in erster Linie der Wunsch nachgeben, eine politische Handhabung gegen die heimlichen Gewerkschaften zu bekommen. Diese sollten im Kampf gegen die gelben Werksvereine nicht mehr das Argument verwenden können, daß nur die Geiben Unterstützung von den Arbeitgebern annehmen. Behrens hat die Absicht entweder nicht durchschaut oder sich darüber hinweggesetzt. Die Begründung und der Zweck des Darlehens war nach der Aussage des Abg. Meyer die Unterstützung des Oberleutnants Schulz, nach der Darstellung des Abg. Weisinger die schäwerige Lage, in der sich die Versorgungsstelle befand. Diese Widersprüche sind nicht mehr restlos aufzuklären. Alle Umstände und Verhandlungen der Zeugen weisen im übrigen darauf hin, daß Meyer das Geld für Schulz verwenden will. Die leitenden Stellen der Arbeitgebervereine hätten sich allerdings nach diesem Fall bemüht, Wandel zu schaffen.

Darauf wurde die öffentliche Verhandlung geschlossen und in einer nichtöffentlichen Sitzung der weitere Arbeitsplan festgelegt.

### Internationale des Eisens

P. Paris, 17. März. (Fig. Junk.) Der wenigen Tagen haben in Paris Verhandlungen zwischen Vertretern der Eisenindustrien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und Grossbritannien stattgefunden, die die Gründung einer internationalen Eisensartellens zum Ziele haben. Ein erster Schritt zu diesem internationalen Eisensartell ist bereits erfolgt, indem ein internationales Eisensartell als aufstauende gekommen betrachtet werden darf.

Zur Radmen dieser Verhandlungen haben auch Beirathungen zwischen den deutschen, französischen, holländischen, luxemburgischen und belgischen Eisenerzeugern stattgefunden, in denen die Frage der Eiseneinfuhr nach Deutschland erörtert werden soll. Es ist, wie der Petit Parisien mitzuteilen weiß, eine Einigung erzielt worden, durch die die Einfuhr des holländischen, luxemburgischen und belgischen Eisens nach Deutschland herabgesetzt und gleichzeitig kontingentiert worden ist. Dadurch sei die größte Schwierigkeit, die dem Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages, bisher im Wege gestanden habe, aus der Welt geschafft.

### 190 000 Dresdner Einzeichnungen

Am Dienstag trugen sich 20 000 Personen für das Volksbegehren gegen die Auktionsabfindung ein, so daß die Gesamtzahl der Dresdner Eintragungen bereits über 180 000 beträgt. Wer sich noch nicht eintrug, hole das Verfaumnis in letzter Stunde nach!

ST  
eck Corn.  
sondere  
erühbare  
merikas.  
betmischen  
r. Mialatten,  
Tiere.  
nich  
r Luft - im  
rdigkeiten  
auch 3 Uhr  
aufhaus,  
[w. 50]  
ANI  
istert  
nn.  
onnerstag  
...?  
s war?)  
ot  
a ersten Opern-  
mit dem Film  
Erinnerung  
des ersten  
ormann  
[w. 90]  
Preis.  
6 1/2, 8 1/2, 10 1/2, 12 1/2 Uhr  
Achtung!  
reisabbau!  
Bullegetratr. 22.4  
sillongate. 27.4  
fa. . . . 70.4  
arbeiten von Voller-  
wels ebenlo ordner.  
anz Zerritich  
Dresden + Wianen  
Alteplanen 24. L. 1038  
ahrräder  
belle Wachen  
Wifa, Panzer  
schlabig, Gänel.  
eine Anziehung  
eine Waten!  
ara bisse bei Saffe  
lmär. 19. 2., 3. Banf  
reibmaschinen  
bler, Continental,  
Frifa, Wilschlietzer,  
al. Kangel, Biederob  
ilmer, Remington,  
nira, Wianen, Dell  
im gebe. reis neu  
Wila an verlanen  
Wilhelm Nodel  
neral-Beitzerer der  
ania, Berfio - zeh  
antio-Rena - Schw  
malchinen  
Marchallstraße 3  
erenzoreber 17. 100  
igswannen  
fabrikat Kraus  
en Sie preiswert  
in Sozialwesen  
uard Geiger  
Zec. Abt. Margarete  
Posten Fahrdrü  
brandt. 2. 20. 10  
reit wert billige  
raades Fahrdrü  
elberner Wial 1 u  
elberner. 21. 130  
im 2000  
Hagreen  
d. 40. 20.  
rensch. 4. 10. 150  
auf Reimann, Ju  
neustrache 20  
er-Blomnitz 10